

Unabhängige Bürgervertretung Fraktion im Rat der Stadt Dinslaken

■ ubv - Fraktion, Bahnhofplatz 2, 46535 Dinslaken

ubv

An die
Bürgermeisterin der Stadt Dinslaken
Frau Sabine Weiss
Platz d'Agen 1
46535 Dinslaken

II
✓
30
61
Vorlage Nr.

① 02064 - 82 82 99 8
Fax 02064 - 82 82 99 7
e-mail: info@ubv-dinslaken.de
www.ubv-dinslaken.de

23. Januar 2009

Anträge gem. §§ 3 und 15 der Geschäftsordnung des Rates und der Ausschüsse der Stadt Dinslaken;

hier: Ausbau der Strecke Oberhausen-Emmerich durch die Deutsche Bahn AG um ein 3. Gleis

E: 26.01.03/60

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Weiss,

hiermit beantragen wir, den nachstehenden Antrag in die Tagesordnung der nächsten planmäßigen Ratssitzung aufzunehmen und nach entspr. Beratung (ggfls. unter vorheriger Beteiligung der Fachausschüsse) einer Entscheidung zuzuführen:

1. Der Rat der Stadt Dinslaken fordert die Deutsche Bahn AG auf, bereits im Planfeststellungsantrag für den Ausbau der Strecke Oberhausen-Emmerich um ein 3. Gleis die nachfolgenden Gesichtspunkte zu berücksichtigen:
 - 1.1 Durchgehender Lärmschutz für alle Wohn- und Mischgebiete, Schulen und sonstige öffentliche Einrichtungen entsprechend ihren Schutzbedürfnissen
 - 1.2 Berücksichtigung verdichteter Streusiedlungen im Außenbereich als Wohngebiete
 - 1.3 Angemessene Gestaltung der Lärmschutzanlagen im Hinblick auf Farbe und Material
 - 1.4 Sichtachsen an städtebaulich bedeutsame Stellen (z.B. Lärmschutz aus Glas)
 - 1.5 Entwicklung eines abgestimmten Katastrophenschutz-Konzepts mit den Feuerwehren, Katastrophenschutzeinrichtungen u. dergl. sowie Sicherstellung ausreichender Zugänge im Katastrophenfall

- 2 -

- 2 -

- 1.6 **Barrierefreier Zugang zu den Bahnsteigen des Hauptbahnhofes**
- 1.7 **Beibehaltung bzw. Wiederherstellung aller vorhandenen bahnparallelen Wegeverbindungen; bei stark genutzten Verbindungen ohne Ausweichrouten auch während der Bauzeit**
- 1.8 **Beibehaltung des Schienenpersonennahverkehrs während der Bauzeit**
2. **Die Kosten für die Beseitigung der Bahnübergänge in Hiesfeld und Barmingholten sowie die Schaffung von Unterführungen für Fußgänger und Radfahrer an gleicher Stelle müssen nach dem Verursacherprinzip von der Deutschen Bahn AG übernommen werden.**

Begründung:

Im Verlauf der Sitzung des Planungsausschusses am 27.10.2009 wurde seitens der Verwaltung auf Grundlage der von der DB ProjektBau GmbH selbst erstellten Präsentationsunterlagen über den derzeitigen Planungsstand der Ausbaumaßnahme „Betuwe-Linie“ informiert.

Hieran schloss sich – unter dem Deckmantel einer „öffentlichen und transparenten Informationspolitik der DB AG – am 18.11.2009 eine Info-Veranstaltung der DB AG im Ledigenheim Lohberg an, dessen Informationswert sich bis auf einen – aus unserer Sicht allerdings wichtigen Punkt – von den Informationen im Planungsausschuss am 27.10.2008 nicht abhob.

So waren Vertreter der **ubv**-Fraktion mehr als überrascht, als sie im Verlauf der Info-Veranstaltung am 18.11.2008 erfuhren, dass der Verwaltung seit längerer Zeit nicht nur die Vorentwurfsplanung der DB AG bekannt ist, sondern auch über weitergehende Kenntnisse der negativen Auswirkungen (Schließung von Bahnübergängen usw.) dieser Ausbaumaßnahme verfügt.

Die Tatsache, dass die Politik bis heute – sieht man einmal von der gemeinsamen und allgemein gehaltenen Resolution der Städte, Kreise und Bürgerinitiativen an der Betuwe-Route vom 16.12.2008 ab – nicht zeitnah und detailliert über diese konkreten negativen Auswirkungen auf das Stadtgebiet Dinslaken informiert wurde, hält die **ubv**-Fraktion für völlig unakzeptabel.

Der Umstand, dass sich die Verwaltung zum gegenwärtigen Zeitpunkt lediglich darauf beschränkt, Auskünfte zu den Vorentwurfsplänen zu erteilen und schriftliche Bedenken der betroffenen Bürger nach Auswertung an die DB AG weiterleitet, wird den berechtigten Belangen der betroffenen Dinslakener Bürgerinnen und Bürger nicht einmal ansatzweise gerecht.

Völlig unverständlich in diesem Zusammenhang ist für uns die Aussage der Verwaltung, wonach nur bestimmte, wiederholt vorgetragene Aspekte (Bedenken) zukünftig zu einem öffentlichen, von der Stadt zu vertretenden Interesse führen werden, wobei offensichtlich beabsichtigt ist, diese Interessen erst im Verlauf des formellen Planfeststellungsverfahrens gegenüber der DB AG geltend zu machen.

- 3 -

- 3 -

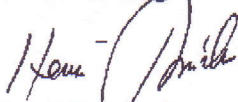
Nach unserem Verständnis sollten **gerade im Vorfeld des Planfeststellungsverfahrens** bereits alle begründeten und nachvollziehbaren Aspekte/Bedenken der Betroffenen aufgenommen und in Form eines städt. Forderungskataloges der DB AG zugeleitet werden, da erfahrungsgemäß im Verlauf eines Planfeststellungsverfahrens kaum noch nennenswerte Änderungen in der Planung erreicht werden können, was die Verwaltung indirekt selbst einräumt.

Hierbei wäre es unseres Erachtens nicht nur sinnvoll, sondern auch zielführend, bei der Abfassung der entspr. Begründungen eng mit der Dinslakener Bürgerinitiative Betuwe zusammenzuarbeiten, zumal sie sich in den letzten Jahren sehr intensiv und erfolgreich für die betroffenen Bürger eingesetzt hat.

Aufgrund des fortgeschrittenen Planungsstandes bei der DB AG besteht seitens der **ubv**-Fraktion kein Zweifel daran, dass nur über ein schnelles und gemeinsames Handeln von Bürgerinitiative, Politik und Verwaltung die Chance besteht, die Betroffenen von den negativen Auswirkungen dieser Ausbaumaßnahme weitergehend als bisher vorgesehen zu schützen.

Es kann und darf nicht Aufgabe der Betroffenen sein, wegen fehlender Unterstützung von Politik und Verwaltung, selbst juristisch die Wahrung ihrer Rechte durchsetzen zu müssen.

Hochachtungsvoll



(Heinz Brückner)

Fraktionsvorsitzender